

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

16.3.1927 (No. 63)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postcheckkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. N. B.
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Erwerbslosigkeit in Baden
nach dem Stand vom 28. Februar 1927

V. A. Am 28. Februar wurden im Lande Baden insgesamt 71 070 Erwerbslosenunterstützungsempfänger einschließlich 7421 Krisenfürsorgeempfänger gezählt. Ein genauer zahlenmäßiger Vergleich mit dem Stand vom Monatsbeginn ist infolgedessen unmöglich, als wohl für beide Zeitpunkte die Ziffern der Hauptunterstützungsempfänger und für den letzteren Zeitpunkt (28. Febr.) auch die der Krisenfürsorgeempfänger gegeben sind, während hingegen Zahlenangaben über die Krisenfürsorgeempfänger nach dem Stand vom 1. Februar nicht vorliegen. Die nachfolgende Untersuchung beschränkt sich infolgedessen unter Verzicht auf einen zahlenmäßigen Vergleich mit dem Stand vom Monatsanfang im wesentlichen auf eine Darstellung des inneren Aufbaus der Gesamterwerbslosenempfänger nach Berufsgruppen.

Das Hauptkontingent (83,33 Proz.) entfiel naturgemäß auf die Gruppe der Lohnarbeit wechselnder Art mit 23 681 unterstützten Erwerbslosen. Gleich darauf folgen die Gruppen der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie mit 15 548 (21,88 Proz.) Unterstützten. Die leichte Aufwärtsbewegung, die innerhalb dieser Gruppen für verschiedene Fabrikationszweige im Laufe der letzten Wochen festzustellen war, und die aller Voraussicht nach anhalten dürfte, vermochte also bisher noch nicht die Arbeitslosigkeit innerhalb dieser Gruppen so wirksam zu beeinflussen, daß der verhältnismäßige Anteil der Gruppen an der Gesamtarbeitslosigkeit wesentlich verändert worden wäre. In dritter Stelle in der Reihe der an der Arbeitslosigkeit stark beteiligten Berufsgruppen stand am Ende des Monats Februar (vorübergehend noch) das Baugewerbe mit 6195 (8,72 Proz.) Unterstützten. Inzwischen hat sich der Bauarbeitsmarkt aber mit der besseren Bitterung belebt. Dieser Gruppe folgt an vierter Stelle das Handwerks- und Dienstleistungsgewerbe mit einer Zahl von 4040 (5,68 Proz.) Erwerbslosen. Als fünfte Gruppe wäre diejenige der kaufmännischen Angestellten — unter Ausschluß der Büroangestellten im engeren Sinne der Reichsarbeitsnachweisstatistik — mit 3478 (4,89 Proz.) zu erwähnen. Tatsächlich sind innerhalb dieser Gruppe — wie in der Mehrzahl der übrigen — leichte Besserungsveränderungen wahrzunehmen: verschiedentlich hat sich die Nachfrage nach jüngeren, gut durchgebildeten männlichen Fachkräften, beispielsweise nach Verklebtern verschiedener Branchen, günstiger gestaltet, die Nachfrage nach jüngeren Stenotypistinnen ist sogar als gut zu bezeichnen. Diese Umstände dürfen aber nicht über die im ganzen noch recht ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt der kaufmännischen Angestelltenberufe, wie sie in der angeführten Zahl zum Ausdruck kommt, hinwegtäuschen. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die Gruppe der sogenannten Büroangestellten im engeren Sinne mit 221 Erwerbslosen noch nicht einbezogen ist. Auch der Gruppe der Techniker aller Art sei in diesem Zusammenhange Erwähnung getan; unmerkliche Besserung ist auch hier, wenigstens örtlich, wahrnehmbar, im ganzen aber blieb die Lage noch sehr unbefriedigend. Einschließlich der Krisenfürsorgeempfänger belief sich die Zahl der unterstützten Erwerbslosen dieser Gruppe am 28. Februar auf 593. Der über den Durchschnitt hinausgehende starke Anteil der Krisenfürsorgeempfänger (= 101) an den unterstützten Erwerbslosen dieser Gruppe gibt ein Bild der Langfristigkeit der Arbeitslosigkeit gerade innerhalb dieser Berufe.

Der Anteil der übrigen Berufsgruppen gestaltete sich folgendermaßen: Holz- und Schnitzstoffgewerbe = 3149 (4,34 Proz.); Bekleidungsindustrie = 2509 (3,53 Proz.); Verkehrsgewerbe = 2133 (3,00 Proz.); Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei = 2018 (2,84 Proz.); Industrie der Steine und Erden = 1223 (1,72 Proz.); Öffentliche Dienste = 961 (1,35 Proz.); Gastwirtschaft = 916 (1,29 Proz.); Lederindustrie und Industrie leberartiger Stoffe = 889 (1,25 Proz.); Spinnstoffgewerbe = 710 (1,00 Proz.).

Die übrigen Gruppen waren an der Gesamtarbeitslosigkeit mit unter 1 Proz. beteiligt.

Es sind verschiedene Anzeichen vorhanden, daß sich der Arbeitsmarkt im Laufe des Monats März weiter entlasten wird.

Reisefälle zur Förderung des Wohnungsbaues. Der Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stimmte mit großer Mehrheit Reisefällen über die Förderung des Wohnungsbaues zu, wonach der Wohnungsbau mit allem Nachdruck zu fördern ist, weil er auch die Erwerbslosigkeit mildern würde. Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft kann nur schrittweise vorgenommen werden. Voraussetzung der Aufhebung ist, daß der Bedarf an Wohnungen gedeckt ist. Die Mieten müssen in Altwohnungen und Neubauten möglichst bald einander angeglichen werden. Zu diesem Zwecke sind in erster Linie die Mieten in den Neubauten möglichst niedrig zu halten.

Eröffnung der Ausstellung
„Badische Wasserwirtschaft“ in Karlsruhe

Die Eröffnung der Ausstellung „Badische Wasserwirtschaft“ fand am heutigen Mittwoch, vormittags 11 1/2 Uhr, im Landesgewerbeamt zu Karlsruhe statt. Der Einladung der badischen Wasser- und Straßenbaudirektion sowie der badischen Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk) waren zahlreiche Vertreter der staatlichen, städtischen und Reichsbahnen, des Landtags, sowie der industriellen, gewerblichen und Handelskreise gefolgt.

Die Eröffnung wurde vorgenommen durch

Finanzminister Dr. Schmitt

der hauptsächlich auf die Bedeutung der Wasserwirtschaft für die allgemeine Volkswirtschaft des Landes hinwies. Er führte in seiner Eröffnungsrede folgendes aus:

Es ist mir eine große Freude, schon kurze Zeit nach meinem Amtsantritt als Finanzminister die Ausstellung für badische Wasserwirtschaft eröffnen zu dürfen. Die Frage der Wasserstraßen und Wasserkraften in Baden beschäftigt die Öffentlichkeit auf das lebhafteste. Baden ist Grenzland geworden. Es hat den Anschluß an die linksrheinischen Wirtschaftsgebiete im wesentlichen verloren. Da müssen wir uns auf uns selbst besinnen und müssen hier in der deutschen Südwelt

aus dem zum Grenzstrom gewordenen Rheinstrom das machen, was aus ihm gemacht werden kann, zum Wohle des Landes und zum Wohle der gesamten deutschen Kultur.

Unser badisches Oberland ist durch seine geographische Lage benachteiligt. Es ist weit entfernt von den Orten, wo Kohlen und Erze produziert werden; es ist weit entfernt von den großen Handelsplätzen. Da ist es denn ein Gebot der Notwendigkeit, den Verkehr nach dem badischen Oberland durch Eisenbahnen und Schifffahrt nach besten Kräften zu erschließen und zu eröffnen, und es ist eine merkwürdige Fügung, daß unser badisches Land, je weiter entfernt es ist von den deutschen Produktionsstätten im Ruhrgebiet, umso mehr ausgestattet ist mit Wasserkraften, die in weiche Kräfte umgewandelt werden können und umgewandelt werden müssen.

Unsere Ausstellung gibt zunächst ein Bild von der Wasserkunde, von den wissenschaftlichen Unterlagen, die notwendig sind, um alle die Wasserwirtschaft betreffenden Fragen beurteilen und beantworten zu können.

Unsere Ausstellung soll aber auch ein Bild geben von dem Verhältnis der Wasserkraft zu den Wasserstraßen.

Es wäre ungerade, der Schifffahrt einen Vorzug zu geben vor der Entwicklung der Wasserkraftquellen oder vor der Förderung der Eisenbahnen oder umgekehrt. Der Staat darf vielmehr keines von den dreien vernachlässigen; sie müssen vielmehr in einen richtigen Zusammenhang gebracht werden, so wie es das Gesamtwohl erfordert und ermöglicht. So wie ein Vater für alle seine Kinder gleichmäßig zu sorgen hat so wird auch der Staat weder die Schifffahrt, noch die Eisenbahn, noch die Gewinnung von Wasserkraft irgendwie vernachlässigen. Er wird vielmehr jede dieser drei Aufgaben harmonisch fördern, besteht doch insbesondere ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Entwicklung der Wasserstraßen und Förderung der Kraftgewinnung. Jedes Wehr am Oberrhein, welches Wasser anlauf zur Kraftgewinnung, staut gleichzeitig Wasser an zur Hebung der Schiffe, also zur Förderung der Schifffahrt. Und jedes Wehr, das am Oberrhein erbaut und Kraft erzeugt, schafft nationale wirtschaftliche Güter, welche nachher mittelbar oder unmittelbar in den Dienst des Verkehrs, der Schifffahrt und der Eisenbahn gestellt werden können. Das zeitliche Nacheinander zwischen Stauwehr und Schleuse ist keine Bevorzugung der Kraftgewinnung gegenüber der Schifffahrt, sondern eine natürlich gegebene Aufeinanderfolge, da wir eben leider infolge unserer wirtschaftlichen Lage nicht imstande sind, Schifffahrt und Kraftwerke nebeneinander und in vollem Umfang auszubauen.

Es wird Sie vielleicht interessieren, zu erfahren, daß das derzeitige in Bau genommene

Kraftwerk Rhyburg-Schwarzbach jährlich 640 Millionen Kilowattstunden

und daß sämtliche Kraftwerke des Oberrheins von Basel bis zum Bodensee jährlich 3—4 Milliarden Kilowattstunden erzeugen. Ihren ganz besonderen Wert aber gewinnen die Kraftwerke des Oberrheins in ihrer Verbindung mit den Kraftwerken des Schwarzwalds, mit dem Murgwerk und dem künftigen Schluchseewerk. Überschüssiger und an sich nicht genutzter Strom, insbesondere Nachtstrom aus den Rheinwerken wird verwendet, um Wasser hinaufzupumpen in die Speicheranlagen des Schluchseewerks.

Man könnte fast davon sprechen, daß die Verbindung von Rheinwerk und Schluchseewerk eine Lösung des Problems eines Perpetuum mobile darstellt. Das Rheinwasser der Schweiz und das Regenwasser des Schwarzwalds verbinden sich miteinander, und so kann man sagen, daß die badischen Wasserkraftanlagen die bedeutendsten und rentabelsten Anlagen in ganz Deutschland darstellen.

Ja noch mehr! Man muß davon ausgehen, daß zur Zeit die Frage der Förderung der Schifffahrt und der Entwicklung der Wasserkraftquellen die für die badische Wirtschaft wichtigste und erste badische Frage ist. Wenn sich Industrie im badischen

Oberland ansiedeln soll, dann braucht sie gute Verkehrsverhältnisse zu Wasser und zu Lande; sie braucht elektrische Kraftquellen.

Werden die Probleme, die Sie alle in der Ausstellung dargestellt finden, ausgeführt, dann wird die badische Bautätigkeit angeregt, die Zahl der Erwerbslosen verringert, der Industrie gleichmäßig wie dem Handwerk eine reiche Einnahme verschafft.

Aber die allerwichtigste Frage, die uns zur Zeit in Baden beschäftigt und der sich die Regierung in den letzten Wochen mit besonderem Nachdruck zugewandt hat, ist

die Elektrifizierung badischer Bahnen.

Wenn Baden die leider von außen her angekündigte Konkurrenz nichtbadischer Bahnen mit Erfolg bestehen will, dann ist es unbedingt erforderlich, daß die Kraftquellen am Oberrhein und am Schwarzwald gefördert und vollendet werden. Die Elektrifizierung der Bahnen wird den Fremdenverkehr, der sehr darniederliegt, heben. Die Erschließung von Kraftquellen und die Neuansiedelung von Industrie wird auch bevölkerungspolitisch von großem Vorteil für unser badisches Land sein. Allerdings wird unser Land auch große Kosten aufwenden müssen; aber diese Kosten sind rentabel.

Und nun noch ein paar Worte über

die Bedeutung der Ausstellung.

Uns selbst soll die Ausstellung den Zusammenhang vor Augen führen, welcher besteht zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen der gesamten Wirtschaft und ihren einzelnen Teilen, insbesondere über den Zusammenhang zwischen Schifffahrtsanlagen und Wasserkraftanlagen.

Die Ausstellung soll dem Besucher und damit dem badischen Volk zum Bewußtsein bringen, daß das badische Land gewaltige Naturschätze birgt, und daß diese Naturschätze geloben werden müssen. Die Ausstellung soll den Willen zur Tat fördern. Sie soll insbesondere die Jugend für sich gewinnen. Die Ausstellung soll die Jugend lehren, stolz zu sein auf unsern Vater Rhein; sie soll die Liebe zur Heimat und zu den Naturschönheiten wecken. Die Ausstellung soll uns aber auch alle gemahnen, daß auf den Rhein die Wölter, die noch vor kurzem miteinander gekämpft haben, sich zusammenfinden. Die Ausstellung und der Blick auf den Rhein soll uns darauf hinweisen, daß wir mit den andern Wöltern in Frieden zusammen leben und zusammen arbeiten und daß wir Differenzpunkte ausgleichen müssen, daß nicht der Machtstandpunkt, sondern der Rechtsstandpunkt — die Verständigung und Einigung mit unseren Nachbarn — uns emporführen kann. Und in diesem Sinne geben wir uns auch heute der Hoffnung hin, daß insbesondere die Verhandlungen mit der Schweiz über Fragen, die den Bodensee und den Oberrhein betreffen, zu einem Ziele führen, welches sowohl unserem schweizer Nachbarland, wie auch dem Land Baden zum Vorteil gereicht.

Ich glaube, daß die Ausstellung diejenigen Ziele fördern wird, welche ich soeben besprochen habe. Ich glaube, daß wir gut daran getan haben, diejenigen Gegenstände nochmals hier auszustellen, welche auf der internationalen Ausstellung für Binnenschifffahrt und Wasserkraftnutzung in Basel im Jahre 1926 von uns gezeigt worden sind.

Ich erkläre hiermit die Ausstellung badischer Wasserwirtschaft für eröffnet.

Über Entstehung, Inhalt und Ziele der Ausstellung

sprach sodann Oberbaurat Altmayer von der badischen Wasser- und Straßenbaudirektion: Die Ausstellung entstand aus dem Wunsche, das schöne und anschauliche Material, das auf der Internationalen Ausstellung für Binnenschifffahrt und Wasserkraftnutzung in Basel im Jahre 1926 allgemein Anerkennung gefunden hatte, auch der heimischen Bevölkerung zugänglich zu machen und damit das Interesse an der großen und schönen wasserwirtschaftlichen Aufgabe des Landes zu fördern. Nach dem Grundsatz „non multa, sed multum“ haben die Aussteller eine sorgfältige Sichtung vorgenommen und sich auf folgende Hauptpunkte beschränkt:

- 1. Gewässerkunde des Landes als wissenschaftliche Grundlage der ganzen Wasserwirtschaft;
2. Ausbau des Rheines von Basel bis zum Bodensee als hervorragendstes Beispiel für eine restlose Ausnützung eines Flusses in Niederdreudanlagen sowie für die Verbindung von Wasserkraftnutzung und Schifffahrt am Oberrhein;
3. Murg- und Schwarzbachwerk als Beispiel einer ausgeführten Hochrudanlage mit Talsperre sowie Schluchseewerk als bedeutendstes geplantes Spitzen- und Speicherwerk des Schwarzwaldes;
4. Hochspannungsleitungen von Oberrhein über Schluchseewerk, Murg-Schwarzbachwerk nach Mannheim stellen die Verbindung der zwischen den großen Niederdreudwerken am Oberrhein, den Spitzen- und Speicherwerken des Schwarzwaldes und den Dampfwerken am Mittel- und Oberrhein dar;
5. Der Stand der Wasserkraftnutzung wird durch den badischen Wasserkraftatlas sowie durch bildliche Darstellungen der Entwicklung der Elektrizitätsversorgung wiedergegeben;
6. Staatliche Damsanlagen in Rehl und Mannheim. Der durch diese Hauptpunkte gekennzeichnete Ausschnitt der

staatlichen Wasserwirtschaft ist durch Pläne, Bilder, Photographien, Modelle, Diagramme und graphische Darstellungen in einer das Verständnis erleichternden Weise wiedergegeben. Ein Film über wichtige Bauvorgänge beim Bau des Schwarzenbachwerkes im Rurgtal gibt einen Einblick in die bauliche Durchführung großer Wasserbauten.

Die Einteilung der Halle erleichtert den Überblick: Gleich beim Eingang ist die Gewässerkunde des Landes als Grundlage aller Wasserwirtschaft mit interessanten Instrumenten vertreten; rechts schließt sich der Oberrhein Basel-Bodensee mit seinen gewaltigen Niederdruckwerken, links der Schwarzwald mit den Hochdruckwerken (Murg-Schwarzenbach-Erhöherwerk) an. Wo beide Arten der Wasserkraftnutzung sich berühren, schließt der badijsche Wasserkraftatlas mit seinen Einzeldarstellungen der Flussgebiete symbolisch den Ring. Im Licht sind einige schöne Modelle aufgestellt, welche die Darstellungen in den einzelnen Abteilungen wirkungsvoll erläutern; so ein Modell des geplanten Kraftwerks Dogern-Abbund am Rhein als Vertreter eines großen Niederdruckwerkes sowie der Schiffsanlagen am Oberrhein; ein Modell der Schwarzenbachperle; die Isolatoren und Aufhängung einer 100 000 Volt-Hochspannungsleitung; ein Relief des Landes Baden mit den Oberlandleitungen; schließlich ein großes Modell der Gasanlagen von Nechl.

Ein Rundgang durch die hochinteressante Ausstellung, zu der auch ein sehr lehrreicher und reich mit Bildern- und Kartenmaterial versehener, künstlerisch ausgestatteter, gedruckter Führer erschienen ist, beschloß die Eröffnungsfeier.

Das Ergebnis von Genf

Am Dienstag fand in Berlin ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt, in dem Stresemann über die außenpolitische Lage und die Verhandlungen in Genf berichtete. Das Kabinettsrat stimmte dem Ergebnis der Genfer Tagung einmütig zu.

Die „Tägl. Rundsch.“ erfährt dazu, daß das Kabinettsrat ebenso wie es der Reichsaußenminister in Genf betont hat, für die Einrichtung eines Bahnschutzes im Saargebiet im Verfall der Vertrag keine Begründung gegeben sieht. Aus denselben Gründen, die auch für die deutsche Delegation maßgebend gewesen sind, habe sich das Kabinettsrat mit dem Ergebnis der Genfer Ratstagung einverstanden erklärt.

Nach einer den Deutschnationalen nahestehenden Korrespondenz besteht unter den Parteien der Regierungskoalition die Absicht, im interfraktionellen Ausschuss eine Aussprache über Genf herbeizuführen, um sich vor der Debatte im Auswärtigen Ausschuss und im Plenum des Reichstages grundsätzlich zu verständigen. Auch die Meinungsunterschiede auf innerpolitischen Gebieten dürften, wie in der „Tägl. Rundsch.“ ausgeführt wird, bei gutem Willen von den Regierungsparteien überwunden werden. Von politischer Tragweite scheinen diese Differenzen nicht.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird sich am morgigen Donnerstag mit den Ergebnissen der Genfer Ratstagung beschäftigen. Montag nächster Woche wird gelegentlich der Staatsberatung der Reichstag dazu Stellung nehmen.

Der belgische Ministerpräsident über Eupen-Malmédy

Der sozialistische Abgeordnete Combariaux interpellierte in der belgischen Kammer über die Politik der belgischen Regierung gegenüber den einverleibten Kreisen Eupen und Malmédy. Ministerpräsident Jaspar antwortete, die Lage der beiden Kreise sei festgelegt und endgültig geregelt. Ich spreche es im Namen der ganzen Regierung aus, diese Kreise sind belgisch und werden es bleiben. (1) Unsere Politik in dieser Sache entspricht dem Beschluß des Völkerbundes, der festlegt, daß die Volksabstimmung in den Kreisen Eupen und Malmédy rechtmäßig und unbefristet gewesen ist und daß die deutschen Ansprüche hinsichtlich dieser Abstimmung durch nichts gerechtfertigt waren. Der Minister des Auswärtigen erklärte, es hätten niemals Besprechungen über die Eupen-Malmédy-Frage zwischen der deutschen und der belgischen Regierung stattgefunden.

Der Staatspräsident von Lettland J. Der Staatspräsident der lettischen Republik, Tschakke, ist nach langem Schwereiden in Riga gestorben. Von Beruf Rechtsanwalt, nahm er nach der Gründung des lettischen Staates regen Anteil am politischen Leben und wurde 1918 zum Vorsitzenden der konstituierenden Versammlung, dann zweimal hintereinander zum Staatspräsidenten der lettischen Regierung gewählt. Er ist 66 Jahre alt geworden.

Badisches Landestheater

Lohengrin
Die gestrige, nach mehrmonatlicher Unterbrechung wieder einmal angelegte Aufführung des Lohengrin nahm einen recht einseitigen und unglücklichen Verlauf, trotzdem eine halb-stündige Verzögerung ihres Beginns wegen — angeblich — technischer Schwierigkeiten einige Unruhe verursacht hatte. Das Gelingen der Vorstellung war also zweifellos ein Beweis künstlerischer gewissenhafter Leistung des Gastsdirigenten Bruno Vondenhoff (Danzig), der sich neben dem schon früher genannten Düsseldorf-Kudolf Schwarz ebenfalls um den ersten Kapellmeisterposten bewirbt. Ein Vergleich der beiden Anwärter läge nun gewiß sehr nahe, wenn sich eine Parallele zwischen den von ihnen interpretierten Werken überhaupt ziehen ließe. Doch ist zwischen Mozart (Zauberflöte) und Wagner ein so großer Unterschied, daß das Resultat kaum positiv sein kann. Kräftig man dagegen genauer und unvoreingenommen nur den gestern empfangenen Gesamteindruck, so ist immerhin von einer rhythmisch straffen und auch die großen Ensembles sicher zusammenfassenden Leitung zu berichten. Schien mitunter einiges robust und auf massige Wirkung gestellt, so war andererseits doch wiederholt das Bestreben erkennbar, das rein Gefühlsmäßige in schöner Weise zu betonen. Vom dirigiertechischen Standpunkt aus schließt freilich dem andauernden Gebrauch beider Arme noch die notwendige Modifikation; dem Fachkundigen konnte nicht ganz entgehen, daß dahinter sich etwas Unbeholfenheit verbarg. Das hindert gleichwohl nicht, auch diesem Bewerber Qualitätsmomente zuzuerkennen: Mehr gradliniger Musiker als feinerer Akteur nennt er gediegene Veranlagung zu einem energiegelassen, handfesten Orchesterführer sein eigen.
In der bekannten Darstellung des Werkes (mit Marie Fanz und Theo Straß in den Hauptrollen) fielen zwei Reuebesetzungen auf, die allerdings wegen Erkrankung erst in letzter Stunde erfolgen mußten und deshalb wohl auch unter merklicher Unsicherheit litten. So sang Magda Straß hier erstmals die Ortrud, die ihrem im Umfang und Ausdruck begrenzten Alt jedoch weniger zu liegen schien. Auch Christian Lander's Bass ließ von den drei Forderungen „Arrest, schen und interessant“, die man einem königlichen Heinrich stellen muß, manches noch unerfüllt. Trotz einer leichten Enttäuschung, die infolgedessen nicht ausbleiben konnte, dankte das vollbesetzte Haus mit starkem Beifall. S. Sch.

Aus den Ausschüssen des Reichstages

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde der Etat des Reichsverkehrsministeriums weiterberaten.

Abg. Groß (Ztr.) beantragte, den Etatstitel, der die Beteiligung des Reiches in der Redar A. G. betraf, um drei Millionen RM. auf 7 040 000 RM. zu erhöhen. Der Antrag wurde dem Unterausschuss überwiesen.

Aber das Staatskapitel, das die Fortsetzung des Mittelkanalbaues Hildesheim Hannover betrifft und hierfür sowie für Vorarbeiten und Bauausführungen am Südfügel 40 000 000 RM. fordert, entspann sich eine längere Aussprache. Verschiedene Abgeordnete verlangten die Streichung der Bauausführungen am Südfügel, da sonst eine Verzettlung bei der Inangriffnahme der verschiedenen Bauströme des Mittelkanalbaus zu befürchten sei.

Gefandter für Anhalt, Geheimrat Boden, wandte sich gegen den Antrag, der darauf abziele, für die Inangriffnahme des Südfügel die nötigen Mittel vorzuenthalten. Auch Reichsverkehrsminister Dr. Koch protestierte gegen die beabsichtigte Streichung der Bauausführungen am Südfügel des Mittelkanalbaus.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) wies prinzipiell darauf hin, daß man über den Bewilligungen zum Bau des Mittelkanalbaus nicht die dringenden und wichtigen Verkehrsfragen im Osten des Reiches vernachlässigen dürfe. — Reichsverkehrsminister Dr. Koch anerkannte, daß durch die Grenzverletzungen im Osten und Westen des Reiches, die uns der Verfallener Vertrag gebracht hat, das Verkehrsnetz in den Grenzprovinzen stark geschädigt worden sei. Der Minister war sich klar darüber, daß sowohl im Osten, insbesondere in Schlesien wie natürlich auch in den rheinischen Gebieten in dieser Beziehung wesentlich andere Zustände geschaffen werden müßten. Dementsprechend hoffe der Minister, daß bei Gelegenheit der Aufstellung des nächsten Etats entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Alle Kanalprojekte, die mit einem ersten Teilbetrag im Etat des Reichsverkehrsministeriums aufgeführt sind, wurden darauf zur weiteren Beratung dem Unterausschuss überwiesen. Das gleiche geschah mit dem Etatstitel über den Mittelkanalbau.

Es folgte eine Generaldebatte über die Reichseisenbahn. Abg. Schumann (Soz.) sprach seine Unzufriedenheit mit der Politik der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, insbesondere in Personalfragen, aus.

Abg. Wielandt (Dem.) bot um Aufschluß, wie es mit der Elektrifizierung der Eisenbahn stehe. Außerdem wünsche er zu wissen, welche Stellung der Minister zu der Tarifpolitik der Reichsbahn einnehme. — Abg. Dr. Gremer (D. Vp.) betonte den erfreulichen Auffschwung der Reichsbahn und brachte dann eine Anzahl von Beschwerden im Zusammenhang mit dem Bahnhofsgewerbe und der Mitropa zum Vortrag.

Abg. Groß (Ztr.) beklagte, daß der Damesplan für die Reichseisenbahn eine außerordentlich schwere finanzielle Belastung darstelle. Die Tarifpolitik der Eisenbahn müsse grundlegend geändert werden. Insbesondere müsse mehr Rücksicht auf einzelne Gebiete, wie Süddeutschland sowie den Osten und Westen des Reiches, genommen werden.

Um den Finanzausgleich

Der Steueraussschuss des Reichstages setzte am Dienstag die Beratung des vorläufigen Finanzausgleiches fort.

Abg. Nolte (Wirt. Ver.) lehnte die Verlängerung des Finanzausgleiches um zwei Jahre ab. Er forderte das Zahlungswort für Länder und Gemeinden, damit diese wieder für ihre Finanzen verantwortlich werden. Die Gemeindegrünsteuern müsse verschärft werden. Die Realsteuer müsse in ein vernünftiges Verhältnis zur Einkommensteuer gebracht werden. Die Mieterhöhung müsse wenigstens 2. T. den Hauswirten zugutekommen.

Preußischer Finanzminister Dr. Cypier-Ahoff begrüßte den Gedanken, die Realsteuern zu senken. Aber gerade unter diesem Gesichtspunkte sei die Beseitigung der gemeindlichen Getränkesteuer besonders bedenklich. Die bayerische Biersteuerentschädigung sei eine Reichsfrage. Die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten Bayerns dürften nicht zu einer ungeduldeten Bevorzugung durch Zahlung einer unverhältnismäßigen Rente führen, wie sie das Kompromiß der Regierungsparteien vorschlägt. Wenn das Reich bereit ist, den Ländern etwas zu geben, müsse Preußen auf eine gleichmäßige Behandlung und Berücksichtigung der Forderungen aller Länder entscheidendes Gewicht legen.

Reichsfinanzminister Dr. Müller betonte: Bayern und Württemberg haben aus der Postabfindung einen Anspruch auf Zinszahlung, die gegenwärtig ruht. Wir verhandeln jetzt mit Bayern darüber, was den 640 Millionen-Postabfin-

dungen des Jahres 1920 heute entspricht. Wenn wir entsprechend dem Vorschlage Preußens zur gegenseitigen Aufrechnung schreiten, werden wir auch Ansprüche des Reiches finden. Auf die Durchführung der Realsteuergesetze hat das Reich keinerlei Möglichkeit, einzuwirken. Wir beabsichtigen aber, in dem Reichsrahmengesetz für die Grund- und Gewerbesteuer eine Grundlage zu schaffen.

Abg. Pfeiler (Bayer. Vp.) erklärte: Von Sonderverhandlungen mit Bayern könne gar keine Rede sein. Die Regelung der Biersteuer 1925 sei nur unter Vorbehalt erfolgt. Bayern könne also noch neue Ansprüche geltend machen. Der Redner spricht seine Befriedigung darüber aus, daß auch der Sozialdemokrat Dr. Gorb die Gemeindegrünsteuern als unentbehrlich bezeichnet habe. Man könne sich allerdings den Bedenken der Gewerbetreibenden nicht ganz verschließen.

Staatsrat v. Wolff erklärte, Bayern habe eine Erhöhung des Anteils der Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 auf 90 Proz. verlangt und halte daran heute noch fest. Die 45 Millionen Biersteuer für Bayern sollen durchaus keine ewige Rente sein, sondern nur eine Höchstgrenze. Maßgebend bleibe nach wie vor der Prozentsatz der Beteiligung Bayerns am Aufkommen an der Biersteuer.

Abg. Reinath (Dt. Vp.) verlangt eine Steuermilderung. Der Redner begründet seinen Antrag, der nur eine Sollbestimmung vorschlägt, macht jedoch darauf aufmerksam, daß diese milde Form nur bestehen könne, wenn die Länderregierungen befriedigende Erklärungen abgeben.

Bei der heute Mittwoch fortgesetzten Aussprache erklärte Abg. Bräuning (Z.) den Vorwurf, das Kompromiß der Regierungsparteien bezuglich der agrarischen Länder für gegenstandslos. Unverständlich sei auch Preußens Widerstand gegen die neuen Biersteueranteile der süddeutschen Länder. Der Redner warnte vor der Illusion, daß eine Verwaltungsreform sofort Ersparnisse mit sich bringe. Sie wirke sich erst nach Jahrzehnten aus. Eine grundsätzliche Abkehr von der Reichsholdischen Politik kann der Redner nicht erblicken. Es handle sich doch nur um eine Erhöhung der Garantiesumme infolge erwarteter höherer Steuereingänge.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) erklärte die Empfindlichkeit des Ministers gegenüber der Opposition für sachlich unbegründet. Über das Aufkommen mit Bayern erwartet der Redner eine Auseinandersetzung im Plenum.

Politische Neuigkeiten

Völkerbund und Kriegsgefahr

Als Auftakt für die am nächsten Montag beginnende zweite Tagung des Völkerbundes für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ist Montag vormittag in Genf das Komitee zur Prüfung der Zusammenhänge des Sicherheitsproblems mit dem Artikel 11 und 16 des Völkerbundespaktes unter Vorsitz des deutschen Vertreters, des Grafen v. D. Dr. Goepfert, zusammengetreten. In dem Komitee sind sämtliche Mitgliedsstaaten vertreten.

Das Komitee hat Dienstag abend seinen Bericht an den Rat über Artikel 11 des Völkerbundespaktes fertiggestellt und beschlossen seine Tagung vorläufig zu unterbrechen.

Der genehmigte Bericht hat den in der Debatte gegebenen Anregungen im weitesten Maße Rechnung getragen. In den Vorschlägen zur Verhinderung älterer Kriegsgefahr, wie u. a. schleuniges Zusammentreten des Rats auf telegraphische Aufforderung des Staatspräsidenten, Schaffung einer neutralen Zone, See- u. Luftflottendemonstrationen, ist zwar nichts geändert worden, aber durch die neuen Formulierungen wird der verbindende Charakter dieser Vorschläge noch weiter abgeschwächt und die vollkommene Entschärfung des Rats betont. Andererseits wird aber auch der Souveränität der einzelnen Staaten, hauptsächlich auf englische und italienische Anregung hin, im erhöhten Maße Rechnung getragen. Das gilt besonders für die neue Formulierung in bezug auf die Schaffung einer neutralen Zone. Desgleichen wurde der Vorschlag von Flotten- und Luftflottendemonstrationen wesentlich abgeschwächt, indem an die Anwendung in der Vergangenheit erinnert und dann bemerkt wird: „Es ist möglich, daß Luftflottendemonstrationen in vernünftigen Grenzen benutzt werden können.“ Schließlich wird in dem Bericht unter Berufung auf die sehr allgemein gehaltene Fassung des Artikel elf der Grundsatz ausgesprochen, daß der Rat im Falle drohender Kriegsgefahr alle Maßnahmen ins Auge fassen kann, die nicht als Kriegsmaßnahmen gegen den eines Vorstoßes schuldigen Staat aufgefaßt werden können. Außerdem wird nochmals betont, daß alle in dem Bericht aufgezählten Maßnahmen nichts als Anregungen darstellen.

Kurze Nachrichten

Reichsminister und Aufsichtsratsposten. Zu Veröffentlichungen der Berliner „Koten Jahne“, die behauptet hat, verschiedene Reichsminister hätten Aufsichtsratsposten inne, erfahren die Mäler, daß selbstverständlich sämtliche Reichsminister mit der Übernahme ihres Amtes alle Aufsichtsratsposten niedergelegt haben.

Staatssekretär a. D. Kühmann wurde in Berlin durch einen Motorradfahrer überfahren und hat schwere Verletzungen, u. a. einen Schädelbruch, davongetragen. Der Zustand des Verunglückten ist ernst.

Dr. Paul Nathan J. Dr. Paul Nathan, das langjährige Vorstandsmitglied des Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, früher zusammen mit Theodor Barth, Herausgeber der „Nation“, ist in Berlin kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres an einem Schlaganfall verstorben.

Briand über Genf. Im französischen Ministerrat hob Briand den befriedigenden Charakter der Genfer Tagung hervor. In der Frage der Rheinlandräumung werde Frankreich seine Rechte aus dem Sicherheits- und dem Reparationsproblem geltend machen.

Italien und Albanien. Nach einer Belgrad Zeitungsmeldung sollen Vorbereitungen zur Landung italienischer Truppen an der albanischen Grenze im Gange sein. Italienische Agenten durchkäufte Albanien, um Unruhen herbeizuführen, die eine Intervention motivieren sollen.

In Nicaragua haben die Diakretkräfte einen entscheidenden Sieg über die Liberalen errungen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach einem meist wolkenigen und kühlen Tage mit vereinzelt Niederschlägen trat über Nacht auch bei uns Aufhellung ein. Infolgedessen wurde heute Morgen auch in der Ebene stellenweise Frost beobachtet. Das Hochdruckgebiet liegt heute zentral über Deutschland und wird voraussichtlich noch einige Tage den im Westen eindringenden atlantischen Zyklogen standhalten. Wir rechnen daher auch für morgen mit ziemlich heiterem infolge vermehrter Einstrahlung tagsüber milder Witterung bei Neigung zu Nachtfrost. Voraussichtliche Witterung für Donnerstag: tagsüber wärmer, ziemlich heiter und trocken mit Nachtfrostgefahr.

Deutscher Reichstag

B.Z. Berlin, 15. März.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des

Gesetzes des Reichswirtschaftsministeriums.

Abg. Wiener (Dnl.) freut sich über die Erklärung des Ministers, daß er auch die Wirtschaffahrt heben wolle, denn davon hänge das Gedeihen des gewerblichen Mittelstandes ab.

Abg. Reysch (D. Vpt.) dankt namens des Mittelstandes dem Minister dafür, daß er für Aufhebung der Preis- treiberverordnung gesorgt habe und beantragt, den Rück- zahlungstermin für die Reichsmittelstandskredite an- gemessen hinauszuschieben und in dem gleichen Sinne auf die Länder einzuwirken.

Abg. Sonner (Ztr.) begründet seine Interpellation, die be- sonders auf die Konkurrenz der Reichsbruderei für das Buch- druckgewerbe hinweist. Solche Eingriffe in die Privatwirt- schaft müßten verboten werden.

Abg. Brüll (Dem.) erklärt: Das Wirtschaftsministerium überschätze die Bedeutung der Industriekapitalen und unter- schätze diejenige des Kleingewerbes. Von der Industrie for- dert der Redner Aufhebung ihrer Wertwarenhäuser, von der Gewerbegebung Verbot des Zugabezwangs.

Abg. Kemmer (Dem.) bekämpft das Gesetz über Erlaubnis- gung für Herstellung von Zündhölzern, weil dadurch einem monopolistisch wirkenden Privatunternehmen das schwe- dische Zündholzmonopol geradezu gesetzlich sanktioniert werde.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erklärt, die Plan- wirtschaft sei kein Allheilmittel. Ein Widerspruch in sich sei es, wenn man gleichzeitig Arbeitslohnsteigerung und Arbeits- zeitverlängerung, aber auch Produktionssteigerung verlange.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Reiss (Bayer. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Be- triebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Das Kirchenvermögensgesetz

Der Verfassungsausschuß des Badischen Landtages setzte Dienstag vormittag die Einzelberatung des Kirchenvermö- gensgesetzes fort.

Im § 6, Absatz 1, wird die Regierung ermächtigt, Gesetzwidrigkeiten bei der kirchlichen Vermögensverwaltung zu be- anspruchen. Ein Zentrumsantrag will den Ausdruck „Gesetzwidrigkeiten“ ersetzt wissen durch „Widersprüche gegen Reichs- und Landesrecht im Sinne des Artikels 137 Nr. 2.“

Ein sozialdemokratischer Redner sprach sich für die Trennung von Staat und Kirche aus. Die Haltung seiner Par- tei hänge davon ab, wie der Landtag sich zu der Frage des Abbaues der finanziellen Leistungen des Staates an die Kirche stelle.

Ein Zentrumsredner verwies auf die Rechtstitel für die Leistungen an die Kirche. Ein Abbau sei möglich bei gleich- zeitiger Rückgabe des säkularisierten Kirchenvermögens.

Der Kultusminister erinnerte daran, daß auf Grund des Kirchensteuergesetzes die nötige Rückstufung der Steuerzahler verlangt werden könne, auch wenn der § 6, Abs. 2, gestrichelt werde.

Ein sozialdemokratischer Redner meinte, der Staat dürfe nicht alle Rechte aufgeben. Er sei mit völliger finanzieller Unabhängigkeit der Kirche einverstanden, aber ein rechtlicher Anspruch auf die Dotation könne nicht erhoben werden.

Der Kommunist hält an der Staatskontrolle fest. Von Zentrumsseite wurden nochmals die Rechtsansprüche der Kirche unterstrichen, die zum Teil gerichtlich bestätigt seien.

Der Minister, ein demokratischer Redner und der Sprecher der Würtzler, legten die Rechtsfrage des Artikels 138 Nr. 2, der nach Ansicht des Zentrums die Dotationen gewährleistete, offen.

Schließlich wurde § 6, Absatz 1 mit Mehrheit angenommen und zwar unter Zustimmung zu der vom Zentrum beantrag- ten Änderung.

Verschiedene Paragraphen fanden Annahme in der Fas- sung der Regierungsvorlage.

Im § 7 verlangte das Zentrum eine Revision des Stif- tungsgesetzes. Die Beschränkung ohne Staatsgenehmigung keine Stiftung über 5000 Mark anzunehmen sei heute un- haltbar.

Das ganze Gesetz fand in der ersten Lesung Annahme mit 6 Stimmen (5 Zentrum und 1 Demokrat). Dagegen stimm- ten 1 Kommunist, während sich 6 Ausschußmitglieder (3 So- zialdemokraten, 1 Volksparteier und 2 Würtzler, Vgl.) der Stimme enthielten.

Die Fraktionen werden nunmehr am Donnerstag nochmals zu dem Gesetze Stellung nehmen. Am Freitag soll im Ver- fassungsausschuß die zweite Lesung folgen.

Der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden

hielt am Dienstag eine Sitzung ab. Der frühere Richter Karl Klum hatte ein Gesuch eingereicht um Entschädigung für den bei der Bebauung und Urbarmachung des Hofgutes Gagenschieß erlittenen Aufwand und die dort geleistete Arbeit.

Der Ausschuß hat sich mit dem Gesuche beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Regierung das Gesuch nicht herleitet werden. Aus Billigkeitsgründen hatte die Regie- rung jedoch den Vorschlag gemacht, ihm einen Teil einer alten Solkaufschuld zu erlassen, wie sie bereits früher Fin- sen in Höhe von rund 7000 M. nachgelassen hatte.

Das Gesuch eines Polizeiwachmeisters a. D. um Wieder- einstellung in den Polizeidienst wurde durch Übergang zur La- gesordnung erledigt.

In einem Gesuch des R. Däubler in Pforzheim wurde Be- schwerde über die Behandlung in den Strafanstalten Bruch- sal und Mannheim geführt. Ein Kommunist, Abgeordneter war mit der Berichterstattung betraut. Da dieser den Bericht von seinem Massenstandpunkt aus erlittete und es dem Aus- schuß nicht möglich war, ein objektives Bild des Tatbestandes zu erlangen, wurde ein neuer Berichterstatter gewählt.

Durch diese prinzipielle Maßnahme des Ausschusses wurde zum Ausdruck gebracht, daß im Landtag nur solche Berichte zur Grundlage einer Debatte gemacht werden sollen, die allen An- forderungen strengster Objektivität entsprechen.

Warnung

Die „Credit Hollandais“ in Amsterdam bringt neuerdings in Mannheim, Karlsruhe und im badischen Oberland Pro- spective zum Verkauf, in denen die Empfänger unter übertrie- benen Versprechungen — man stellt einen Gewinn von 2000 holl. Gulden in Aussicht — aufgefordert werden, zu 4 Gul- den 4 Teilnehmerarten zu kaufen. Diese sollen dann wieder an 4 Bekannte weiterverkauft werden, von denen jeder seine Karte mit 3 Gulden an die „Credit Hollandais“ einsenden soll usw.

Sobald die ersten Karten wieder in Umlauf kommen, soll deren Käufer den versprochenen Betrag erhalten. Es wird vor der „Credit Hollandais“ hiermit ausdrücklich gewarnt, denn es handelt sich hier um ein Schwindelunterneh- men, das darauf ausgeht, Leichtgläubigen das Geld aus der Tasche zu locken. Außerdem wird darauf aufmerksam ge- macht, daß das von der „Credit Hollandais“ geübte Verfahren als eine auf dem Schneeballenystem beruhende Auspielung in Deutschland verboten und strafbar ist.

Die Tarifverhältnisse in der Rheinschiffahrt

D. J. Mannheim, 16. März. Bekanntlich ist der Tarifver- trag in der Rheinschiffahrt zum 1. April gekündigt worden. Die Arbeitnehmer verlangen Vollerhöhungen, die für Kapitä- ne, Schiffsführer und erste Maschinisten einen Zuschlag von 10 Prozent und für das übrige Personal von 8 Prozent vorsehen. Die Verhandlungen haben noch nicht begonnen.

Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl in Nock (Amt Waldshut), wurde der bisherige Kommisarisch ein- gesetzte Bürgermeister Albert Kaiser mit 108 von 115 abgege- benen Stimmen zum Ortsvorstand gewählt.

Gemeinde-Rundschau

Mannheims Haushaltplan 1927. Nach dem Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1927 beträgt die endgültige Einwohn- nergahl Mannheims nach der letzten Volkszählung, die 1925 stattfand, 247 486. Die Gesamtabziffer des neuen Etats ist mit 82 572 600 Mark um etwa 2,5 Millionen M. niedriger als im vorjährigen Etat, wo die Gesamtsumme des Brutto- Haushalts 85,2 Millionen M. betrug.

In der Gesamtsumme des vorliegenden Etats befinden sich 18 622 363 Mark durch- laufende Posten, so daß als Gesamtsumme des Netto-Haus- halts 63 950 237 M. (gegenüber 69 711 900 M. im Etat von 1926) verbleiben. Der erforderliche Zuschuß summiert sich auf 30 825 600 Mark (im Vorjahre auf 29 958 000 Mark).

In der Allgemeinen Verwaltung haben sich, wie die „M. Bad. Landesztg.“ schreibt, die Etatsziffern kaum verändert. Der Polizeikostenaufschuß beträgt 1 185 200 M. Bei dem Kapitel der städtischen Betriebe ist der mit 1 117 000 M. bewertete Überschuß des städtischen Elektrizitätswerks bemer- kenswert, er ist um 457 000 M. günstiger eingestuft als im Vorjahre.

Während beim Kapitel „Schulen“ der erforder- liche Zuschuß von 6 771 000 M. nicht sehr wesentlich vom Vorjahr abweicht, als der Zuschuß 6,9 Millionen M. betrug, sind die Lasten für Kunst und Wissenschaft um rund eine halbe Million Mark gestiegen. Das Nationaltheater erfor- dert einen Zuschuß von 823 000 M. (gegen 500 000 M. im Vorjahre). Den Einnahmen von 1 372 000 M. stehen 2 295 000 Mark Ausgaben gegenüber. Der Staatszuschuß von 23 000 ist unverändert geblieben.

Für Miete der Parkettlogen u. des 1. Rang ist eine Herabsetzung der Preise vorgesehen. Im übrigen sind die Eintrittspreise in gleicher Höhe wie im Spieljahr 1926/27 eingestellt. Die Mieten sind in 6 Abtei- lungen zu je 40 Vorstellungen eingeteilt. Der Miet- stand betrug am 1. Oktober 1926: 3089 (1925: 3241), der Er- trag der Miete 628 650 M. (1925: 662 400 M.). Die im vo- rigen Jahre veräußerte Einparung von 68 000 M. beim Or- chester des Nationaltheaters hat sich als unmöglich erwiesen.

Der Anfall von 495 000 M. entspricht dem unverminderten Bestand von 77 Stellen. Das Kapitel Wohlfahrtspflege hat beim Titel Fürsorgeamt eine Steigerung der Ausgaben um rund 2 Millionen erforderlich gemacht. Insgesamt hat das städtische Fürsorgeamt jetzt 9945 Parteien und Personen zu betreuen. Die Steuererinnahmen und Abgaben sind im Etat 1927 mit 28 172 600 M. in Einnahmen etwas kleiner als im vorigen Jahre, wo sie 28 975 300 M. betragen, ein- gestellt.

Der Bürgerausschuß Pforzheim genehmigte mit großer Mehrheit die Aufnahme eines Schuldscheinlehens von 1,5 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues. — Fer- ner wurde der Erwerb der Wasserkraftanlage der Papier- fabrik Weizenstein nebst Wassernutzungsrecht zum Preise von 300 000 M. beschlossen. Die Anlage soll zunächst auf die Dauer von 10 Jahren der Papierfabrik pachtwise über- lassen bleiben.

Der Kreisrat Freiburg hat den Aufwand für die rund 199 Kilometer Kreisstraßen und 682 Kilometer Kreiswege in Höhe von einer Million Mark noch nicht genehmigt, aber entsprechende Kredite bewilligt. Ferner hat er gutgehei- ßen die Verbesserung der Kreisstraße im Glottertal, bei der die Kurven zwischen Denslingen u. Heuweiler gerade gelegt werden sollen. An der in Aussicht genommenen Gründung einer G. m. b. H. zur Förderung des Fremdenverkehrs be- teiligt sich der Kreis mit einer Einlage von 2000 Mark.

Aus der Landeshauptstadt

Der Verein der Badener zu Berlin begeht am 19. März in großzügiger Weise die Feier seines 93. Stiftungsfestes. Das Programm sieht ein Festessen, künstlerische Darbietungen und Ball vor. Im Mittelpunkt steht die Festrede des badischen Gesandten in Berlin, Herrn Dr. E. Honold.

Todesfall. Hier ist der langjährige Dampfschiffahrtsinspek- tor in Konstanz, Regierungsrat Reim, im Alter von 86 Jah- ren gestorben. Seit 20 Jahren lebte er in Karlsruhe. Seine Beisetzung erfolgt in seiner Heimat in Waldbrunn.

Das neue Chorwerk von Franz Philipp, Eichenhoff-Zyklus für Männerchor, Horn, Orgel und Posaunen op. 16, wurde vom Prüfungsausschuß für die Erste Deutsche Sängerwoche in Nürnberg zur Aufführung ausgewählt. Die Ausföhrung wurde dem bekannten Schulerischen Männerchor in Frankfurt a. M. übertragen. Das Werk erscheint in dem Süddeutschen Musikverlag Fritz Müller-Karlsruhe.

Hygiene-Ausstellung in Karlsruhe. Als erste große Aus- stellung dieses Jahres wird in der letzten Märzwoche in der städtischen Ausstellungshalle die Hygiene-Ausstellung „Der Mensch in gefunden und frankem Tagen“ eröffnet. Die Aus- stellung wird von dem Hygiene-Museum in Dresden mit Un- terstützung der Stadt Karlsruhe veranstaltet. Die Haupt- gruppe der Ausstellung ist die Sammlung „Der Mensch“ mit der Sondergruppe „Der durchschnittliche Mensch“ die auf der „Geole“ in Düsseldorf und danach in anderen Städten so großen Erfolg hatte. Die Ausstellung bleibt bis zum 20. April geöffnet. Im Bürgercafé des Rathauses findet in den nächsten Tagen eine Vorbesprechung über die Ausstellung mit den hiesigen Vereinen statt.

Aufbau von Fortbildungskursen. Der Stadtrat hat dem Aufbau von zweijährigen Fortbildungskursen (Frauenschu- lissen) auf die Mädchenrealschulen grundsätzlich zugestimmt. Demgemäß werden an der Fischechule und im Falle des Be- darfs auch an der Lessingschule für diejenigen Schülerinnen, welche die erste Klasse einer Mädchenrealschule mit Erfolg durchgemacht haben, von Ostern 1927 ab, Fortbildungskurse mit zweijähriger Dauer angegliedert. Diese Fortbildungs- kurse haben den Zweck, die in der Mädchenschule erworben- e Bildung zu befestigen und zu erweitern und die Mädchen in die wichtigsten Gebiete einzuführen, die ihr Beruf als Frau mit sich bringt.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Ballhausen (Amt Konstanz), 14. März. Hier wurde dieser Tage mit den Vorarbeiten zur Errichtung einer Selen- anlage begonnen. Wie verlautet, sollen in der nächsten Zeit auch die Vaggerarbeiten für den Hafen in Angriff genommen werden.

Buggingen, 15. März. Wie die „Marktgräfer Nachrich- ten“ berichten, soll demnächst auf dem Kallwerk am Wege nach Grischheim ein Turm entstehen, der eine Höhe von 80 Meter erhalten soll. Der Turm wird als Wendepunkt für die Halbenbahn, auf welcher der Abraum hoch in den Lüften fortgeführt werden wird, dienen. Das Kallwerk Buggingen wird mit dem Turm ein neues Wahrzeichen erhalten. Man hofft, daß im Laufe dieses Jahres die bau- lichen Arbeiten am Berg fertig werden, so daß es dann seine volle Produktion aufnehmen kann.

Verschiedenes

Das Erdbeben in Japan Das Erdbeben von 10 Millionen Pfund Sterling verur- sacht. Die Zahl der Opfer beträgt 3274 Tote und 6734 Ver- wundete.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	16. März		15. März	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.45	168.87	168.41	168.83
Hamburg 100 M.	112.20	112.46	112.13	112.41
London 100 £	19.11	19.15	19.19	19.23
Paris 100 F.	20.429	20.481	20.424	20.476
New York 1 D.	4.2080	4.2180	4.2080	4.2180
Schweiz 100 Fr.	16.465	16.505	16.47	16.51
Wien 100 Kr.	80.99	81.19	80.985	81.185
Bien 100 Schilling	59.22	59.36	59.24	59.38
Prag 100 Kr.	12.461	12.501	12.461	12.501

Die Vereinsbank Wiesloch e. G. m. b. H. hat den Geschäftsbericht über das 60. Geschäftsjahr herausgegeben der gegenüber der im Vorjahre beobachteten Wirtschaftskrisis eine wesentliche Erleichterung bringt. Der Geschäftsumsatz betrug rund 15 086 447 RM., die Einlagen mit Sparkonto rund 420 194 RM. und diejenigen auf laufende Rechnung rund 217 629 RM. Im Nachbarort Walldorf hat die Bank eine Filiale errichtet. Der Reingewinn beträgt rund 26 611 RM. Auf die eingezahlten Geschäftsanteile werden 12 Proz. Dividende verteilt. Die Gesamtsumme stellt sich auf 1 844 000 RM.

Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H. Die Mitgliederzahl der Vereinsbank belief sich Anfang 1927 auf 8482 gegen 4818 im Jahre 1926. Diese nicht unbedeutende Verminderung der Mitgliederzahl ist darauf zurückzuführen, daß 1009 Mitglieder wegen veräußerter Pflichten auf die Geschäftsanteile ausgeschlossen wurden. Die dividendenberechtigten Guthaben erhöhten sich im Jahre 1926 um 99 771 RM. auf 805 981 RM., die Kassensumme verminderte sich dagegen infolge der verminderten Mitgliederzahl um 665 000 RM. auf 1 741 000 RM. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dez. 1926 betrug der Zinsenüberschuss 108 198 RM., der Provisionsgewinn 58 704 RM., an Effekten wurde ein Kursgewinn von 15 504 RM. erzielt. Aus dem Reingewinn von 84 302 RM. sollen 9 Proz. Dividende auf die Geschäftsguthaben verteilt werden.

Die Lage in der Pfalzweiner Bouteilleindustrie. Die kleine Belegung zu Beginn des Jahres ist bald wieder abgeflaut. Auch von einem Ostergeschäft kann mit geringen Ausnahmen bisher nicht gesprochen werden. Gut beschäftigt sind noch Hersteller von Bestehen und feineren Metallwaren. Aus allen Gebieten wird über starke Preisunterbietungen geklagt. Besonders schlecht geht das Auslandsgeschäft. Die neuen Zollsätze des französischen Zolltarifs für Edelmetalle und Schmuckwaren haben stark beunruhigt.

Der sechste Deutsche Getreidehandeltag wird, wie wir erfahren, in diesem Jahre in Magdeburg Ende August stattfinden.

Staatsanzeiger

Dem Hessischen Landesprekzepturverein in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Vobetrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 14. März 1927.

Der Minister des Innern:
J. A.: Dr. A. Jung.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:

Regierungsrat Ernst Werber in Freiburg zum Landrat in Staufen.

Übernommen:

Gendarmerie-Oberwachmeister Hermann Huber in Heidelberg-Rohrbach als Kriminalsekretär zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Heidelberg.

Verfetzt:

Landrat Gerhard Wolf in Staufen nach Heidelberg.

Gestorben:

Verwaltungsinspektor Heinrich Wanner beim General-Landesarchiv.

Dienstag, den 15. März starb im Städtischen Krankenhaus nach längerem, schwerem Leiden.

Fräulein Luise Lang

Die im 53. Lebensjahre stehende Verbliebene war bei uns seit 1904 mit Reinhaltung der Räumlichkeiten ununterbrochen betraut.

In Dankbarkeit gedenkt die Firma der so viele Jahre pflichttreu geleisteten Dienste der Entschlafenen.

Karlsruhe, den 16. März 1927.

G. Braun

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag

G. m. b. H.

Über 8000 Stück schon verkauft

Das steinerne Meer Erzählungen aus badischer Landschaft Von Hermann Stenz

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Badischer General-Anzeiger — Mannheimer Tageblatt:

Das ist der Wert dieser vierzehn Erzählungen, daß sie Kulturbilder aus der Vergangenheit unserer Heimat sind. Beachtenswert an der nach Inhalt und Form volkstümlich gehaltenen Sammlung ist innige Verbindung zwischen Landschaft und Menschheit, die es ungewiß läßt, wie das Primäre ist, ob die Leute aus dem Wurzelboden des Landes herangewachsen sind oder ob der Scholle von denen, die über sie gingen, ihre Eigenart mitbestimmt wurde. Jedenfalls haften ihnen beiden, den Menschen und der Landschaft, frischer Wald- und Erdenrauch an. Daß auch der Stil des Erzählers dem Rechnung trägt und bald derb und fein, bald trocken und voller Humor den stillen Fluß der nicht gerade weltbewegenden Begebenheiten begleitet, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. So schlicht und dem Volkstum abgelauscht diese Erzählungen sind, die in verschiedenen Jahrhunderten zu Heidelberg, Schönan, Dilsberg, Gengenbach, Engen und anderen Städtlein des Badnerlandes sich abspielten, sie sind von einem Dichter geschrieben, der die Dinge durchschaut und in den Herzen der Menschen zu lesen versteht.

Stadt. Sparkasse (öffentl. Sparkasse) Böhrenbach (Bd.).

Bilanz auf 31. Dezember 1925.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	5 356.26	1. Spareinlagen	121 725.39
2. Guthaben bei Banken und Postkass. 15 200.12		2. Giroeinlagen	61 091.20
Girozentr. 3 500.—	18 700.12	3. Sonstige Einlagen	147.30
3. Wertpapiere	157.—	4. Anleihen- und andere Schulden	415 803.55
4. Wechsel	7 120.19	5. Ausgaberrückstände	6 057.56
5. Darlehenaufhypotheken	94 422.—	6. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	316 068.77	a) gesetzl. Reservefonds	8 028.37
7. Darlehen auf Schuldschein	47 300.50	b) Sonderrücklagen	398.50
8. Darlehen an Gemeinden auf Schuldschein	128 800.—	c) Aufwertungsstock	—
auf Inhaberpapiere	4 249.25	7. Reingewinn vom Jahre 1925	10 862.37
9. Einnahmerückstände	1 436.20		
10. Grundstücke u. Gebäude	—		
11. Gerätschaften	504.95		
	624 114.24		624 114.24

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus RM 182 816.59 Einlagen RM 9 108.30
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1925 RM 19 289.24
Somit mehr RM 10 180.94

Böhrenbach, den 8. März 1927. R. 69
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Kraut. Der Geschäftsführer: F. Kuner.

Gemeindesparkasse Altenheim.

Bilanz per 31. Dezember 1925.

Einnahmen.		Ausgaben.	
	RM		RM
1. Kassenborrat von 1924	1 980.61	1. Zinsen für Einlagen	3 380.—
2. Rückstände	2 838.25	2. Zinsen für sonstige Schulden	7 802.97
3. Zinsen von Kapitalien	12 059.91	3. Auf die Verwaltung	5 537.67
4. Sonstige Einnahmen	223.47	4. Sonstige Ausgaben	9 575.88
5. Vorschüsse	4 070.64	5. Vorschüsse	3 942.29
6. Ausgleichungsposten	1 387.98	6. Ausgleichungsposten	1 387.98
7. Neue Einlagen	453 506.43	7. Rückzahlungen	442 878.54
8. Kapitalisierte Zinsen	3 374.39	8. Angelegte Kapitalien	478 970.54
9. Heimbezahlekapitalien	437 979.01	9. Heimbezahlekapitalien	19 650.—
10. Aufgenomm. Kapitalien	64 000.—	10. Kassenborrat am 1. 1. 26	8 294.82
	981 420.69		981 420.69
Vermögen	RM 125 773.94		
Schulden	RM 120 338.12		
Reinvermögen	RM 5 438.82		

Altenheim, den 10. März 1927. R. 73
Der Verwaltungsrat.

Preis in Leinen gebunden Mark 3.—

Verlag G. Braun in Karlsruhe Karl-Friedrich-Straße 14

Bekanntmachung.

Die Wahlen zur Handelskammer betr. Die nach Artikel 18 des Gesetzes, die Handelskammern betreffend, vom 11. Dezember 1878 vorzunehmende Neuwahl von Mitgliedern zur Handelskammer findet am

Donnerstag, den 24. März d. J.

statt und zwar für den Wahlbezirk Karlsruhe (die Orte im Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe) im Amtsgelände der Handelskammer Karlsruhe, Karlstraße 10 „großer Sitzungssaal“, von vormitt. 9—12½ Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr. Wir laden die Wahlberechtigten hiermit zur Teilnahme an der Wahl ein mit dem Bemerkten, daß jedem Wahlberechtigten noch eine besondere Einladung zugeht, aus der das Nähere über die Wahl zu ersehen ist. Für den Fall, daß dem einen oder anderen Wahlberechtigten die Wahl Einladung nicht zugehen sollte, ist diese öffentliche Einladung als Einladung zur Wahl anzusehen.

Karlsruhe, den 14. März 1927.
Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden.

Der Präsident: gez. Nicolai. Der Syndikus: gez. Dr. Krienen.

Bekanntmachung.

Die Abwasserleitung der Firma Vogel & Bernheimer, Cellulosefabrik in Maxau am Rhein.

Die obgenannte Firma beabsichtigt eine zweite Abwasserleitung nach dem Rhein, oberhalb ihrer bisherigen, zu erstellen. Die Leitung soll von der Fabrik in einer Länge von 200 Meter gegen Westen verlaufen und oberhalb des Gartens des Rheinwärters in den Rhein ausmünden. Von der Anlage werden die Grundstücke Vg. Nr. 8032 und 7611 der Gemarkung Ankelingen — Gewann Steinwiesen — berührt. In Bezug auf Menge und Beschaffenheit der Abwässer tritt gegen früher keine Änderung ein.

Wir bringen dies mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen bei dem unterzeichneten Bezirksamte oder dem Gemeindevater in Ankelingen innerhalb drei Wochen vom Ablauf des Tages an anzubringen sind, an welchem die diese Bekanntmachung enthaltenden Nummern der Tageszeitungen des Bezirks Karlsruhe ausgegeben werden, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als veräußert gelten.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern oder natürlichen nicht öffentlichen Wasserläufen begründeten Rechte nimmermehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind (§ 118 Satz 2 des Gesetzes), und daß daher auf

solche Rechte sich stützbende Einwendungen, falls sie innerhalb der festgesetzten Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten.

Beschreibung und Pläne des Unternehmens liegen zur Einsicht der Beteiligten beim Bezirksamt Karlsruhe, Zimmer Nr. 20, und beim Gemeindevater in Ankelingen offen.

Karlsruhe, den 15. März 1927. D.-3.39
Bad. Bezirksamt — Abt. III.

Gesuch des Meßgers Karl Traub in Weingarten um Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachtplatz in seinem Anwesen in der Bahnhofstraße in Weingarten.

Der Meßger Karl Traub in Weingarten hat um die bau- und gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachtplatz in seinem Anwesen in der Bahnhofstraße in Weingarten nachgesucht.

Einige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisteramt Weingarten anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als veräußert gelten.

Pläne und Beschreibungen liegen während der 14-tägigen Frist beim Bezirksamt Karlsruhe — Zimmer Nr. 55 — und auf dem Bürgermeisteramt Weingarten zur Einsicht offen.

Bezirksamt Abt. IV.
Karlsruhe, den 14. März 1927. D.-3.40.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 17. März 1927.
*D 19 Th.-Gem. II. S.-Gr.

Bonaparte

Von Fritz von Urech.
In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Bonaparte	Täbler	Müller
Josephine	Ermarth	Weidner
Lucien	Moebe	Rehner
Murat	Baumbach	Rehner
Graf Segur	Dr. Storz	Ostholt
Dr. Corvisart	Kienicher	Graf
Caulaincourt	Söder	Ragel
Tallebrand	Prüter	Herzog v. Engheim
Earnot	Herz	Leitgeb
Hulin	Hierl	Louise
Guitton	Brand	Frauentorfer
Bazancourt	Müller	Anfang 7 Ende 10/4
Madde	Wolz	I. Sperrst. R. 5.—
Dautancourt	Kienicher	Fr. 18. März 1927
Baroix	Graf	
Fouche	Hofbauer	
Sabary	v. d. Trens	
Charlot	Gemmede	
	Ruhne	

Resi-denz Lichtspiele Waldstraße 190

Voranzeige!
Ab morgen Donnerstag
Fortsetzung von

Im weißen Rödl
Frei nach dem Schwank
Als ich wiederkam